



DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG UND DEUTSCHES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Der sonst so wichtige Begriff "Wirtschaftswachstum" spielt in der Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung erstaunlicher Weise keine Rolle, obwohl bei der wirtschaftlichen Wiedervereinigung das Wachstumspotenzial der ostdeutschen Volkswirtschaft verloren ging.

Im Jahr 2005 veröffentlichten die deutschen Ämter für Statistik eine revidierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) für die Jahre ab 1970. Diese sind die preisbereinigten, auf das Jahr 1991 bezogenen Zahlen der Zeitreihe des Bruttoinlandsprodukts (BIP, Mrd €/a) entnommen, die in den beiden blauen Kurven in Abb.1 grafisch dargestellt sind.

Abb.1 BIP vor/nach Wiedervereinigung; Arbeitslosigkeit

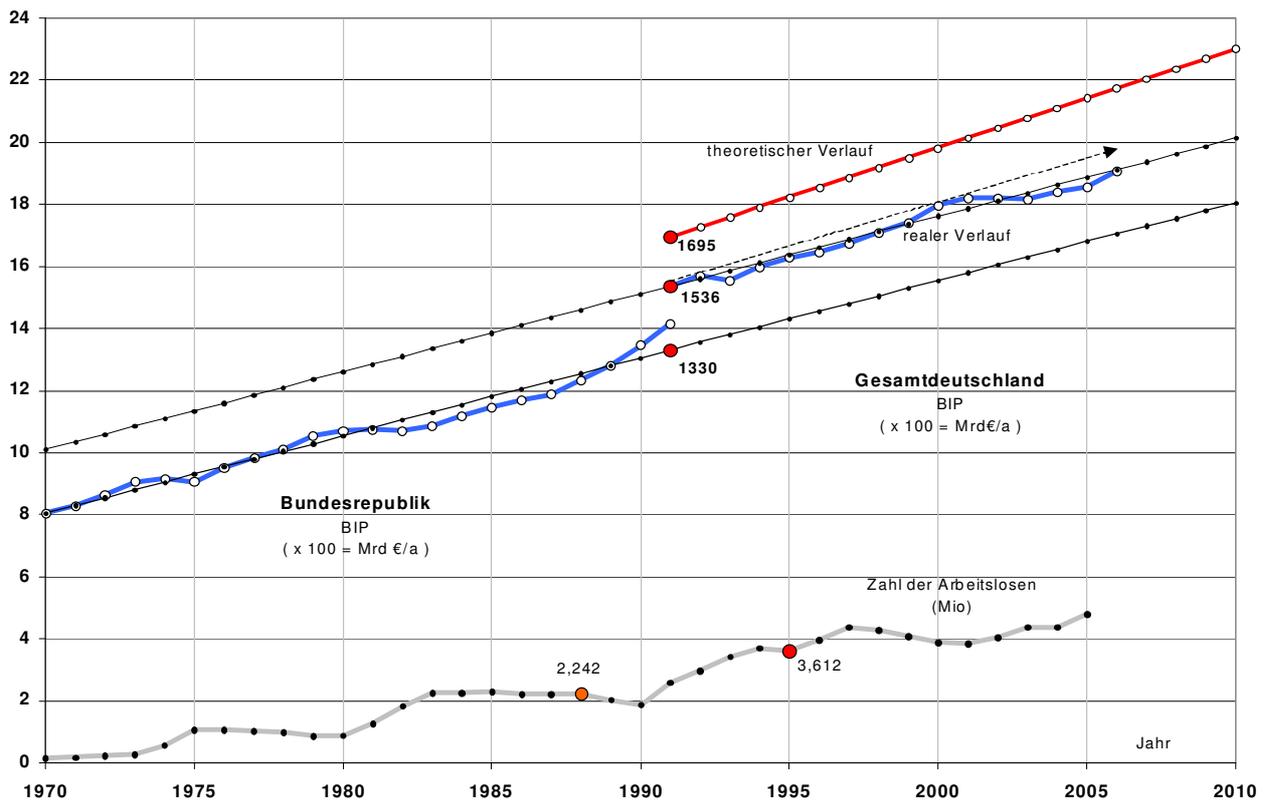


Abb.1 Die wirtschaftliche Wiedervereinigung und das Bruttoinlandsprodukt (revidierte VGR von 2005, Preise 1991)

Anhand der Abbildung wird die Veränderung einiger volkswirtschaftlicher Parameter durch die Wiedervereinigung dargestellt:

Bruttoinlandsprodukt (BIP), Erwerbstätige, Arbeitslose

Die beiden blauen BIP-Kurven in Abb. 1 bestätigen erneut die Tatsache, dass sich das BIP sowohl der alten Bundesrepublik als auch Gesamtdeutschlands linear entwickelt. Daher kann der langfristige Durchschnitt durch je eine Gerade dargestellt werden. Die beiden Geraden sind schwarz eingezeichnet und über den gesamten Zeitraum verlängert. Ihr senkrechter Abstand im Vereinigungsjahr 1991 von $1536 - 1330 = \mathbf{206 \text{ Mrd €/a}}$ (rote Punkte) ist der durch die Wiedervereinigung bewirkte, langfristige Anstieg des BIP.

Die Zunahme der Arbeitslosenzahl durch die Wiedervereinigung wurde an zwei geradlinigen Stücken der grauen Arbeitslosenkurve vor bzw. nach der Wiedervereinigung abgegriffen (rote Punkte).

Es veränderte sich durch die Wiedervereinigung

	in	von	um	auf	= %
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd €/a	1330	206	1536	+ 15,5
Einwohnerzahl	Mio	62	17	79	+ 27
BIP pro Einwohner	€/EW*a	21450	-2010	19440	- 9,4
Zahl d. Erwerbstätigen	Mio	24,3	14,3	38,6	+ 59
Zahl d. Arbeitslosen	Mio	2,24	1,37	3,61	+ 61

Durch die Wiedervereinigung nahm die Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen erheblich stärker zu als die Bevölkerungszahl und das BIP. Dies liegt vermutlich daran, dass in der DDR die Arbeitslosigkeit durch bewussten Verzicht auf maximale Produktivitätssteigerung niedrig gehalten wurde.

Das Wirtschaftswachstum

Das in "*Euro pro Jahr*" gemessene Bruttoinlandsprodukt ist mathematisch die Geschwindigkeit, mit der wir in unserer Volkswirtschaft ständig Güter und Dienstleistungen erzeugen. (Vgl. "*Kilometer pro Stunde*" bei Fahrzeugen). Wäre das BIP in jedem Jahr gleich groß, dann würden die blauen Kurven in Abb.1 horizontal verlaufen. Der insgesamt geradlinige Anstieg der Kurven nach rechts bedeutet, dass die "Geschwindigkeit BIP" in jedem Jahr zunimmt, und das um einen im Durchschnitt konstanten Betrag.

Die Geschwindigkeit, mit der eine Geschwindigkeit wächst, wird als Beschleunigung bezeichnet. Wie man sieht, steigen die schwarzen Durchschnittsgeraden des BIP alle 8 Jahre fast genau eine Gitternetzlinie (= 200 Mrd €/a) höher. Der jährliche Anstieg muss also ca. 200 Mrd €/a geteilt durch 8 Jahre = **25 Mrd €/a²** betragen. (a² bedeutet a hoch zwei). Diese Beschleunigung des BIP ist das viel diskutierte **Wirtschaftswachstum** und das Maß für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Analog wird auch die Leistungsfähigkeit eines Autos oft in Form einer Beschleunigung angegeben ("von null auf hundert in ... Sekunden").

Der offensichtlich parallele Verlauf der beiden schwarzen Durchschnittsgeraden bedeutet, dass das durchschnittliche Wirtschaftswachstum vor und nach der Wiedervereinigung (im Rahmen der Zeichengenauigkeit) gleich groß ist. Das könnte zu dem voreiligen Schluss verleiten, durch die Wiedervereinigung sei keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verloren gegangen. Diese Annahme wäre jedoch falsch.

Wenn die Bruttoinlandsprodukte zweier Volkswirtschaften jedes Jahr zu einem jährlichen Gesamtwert addiert werden, summieren sich auch die beiden BIP-Zunahmen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr, also das Wirtschaftswachstum. Hätten sich die mit der D-Mark-Einführung im Osten verbundenen optimalen Erwartungen erfüllt, dann hätten die Einwohner der früheren DDR von Anfang an pro Kopf dasselbe Bruttoinlandsprodukt und dasselbe Wirtschaftswachstum erzeugt wie die Westdeutschen. Theoretisch hätten dann beide Größen proportional zur Erhöhung der

Einwohnerzahl zunehmen müssen, also im Verhältnis 79/62. Die Zahlen werden unten in der Tabelle als "theoretisch" aufgeführt. Die entsprechende Kurve ist als "theoretischer Verlauf" in der Abb.1 rot eingezeichnet.

Die wirkliche Zunahme des BIP von 1330 auf 1536 = 206 (der senkrechte Abstand der beiden schwarzen Durchschnittsgeraden im Jahr 1991) beträgt ca. 56 % der theoretischen, das heißt, sie ist nur etwas mehr als halb so groß wie der berechnete Bestwert. Danach hätte man eigentlich annehmen können, dass auch das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik durch die Vereinigung mit den neuen Bundesländern ungefähr um 56 % des berechneten Wertes steigen würde. Dann hätte die blaue Kurve Gesamtdeutschlands statt 25,0 die Steigung 28,9 gehabt und wäre, ausgehend von 1536 nicht der schwarzen durchgezogenen Kurve, sondern dem gestrichelten Pfeil gefolgt. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Hier eine Zusammenstellung der Veränderungen:

Das BIP	theoretisch	von 1330	um 365	auf 1695	Mrd €/a
	wirklich	von 1330	um <u>206</u>	auf 1536	"

Das Wirtschaftswachstum	theoretisch	von 25,0	um 6,9	auf 31,9	Mrd €/a ²
	analog BIP	von 25,0	um <u>3,9</u>	auf 28,9	"
	wirklich	von 25,0	um 0	auf 25,0	"

Die Schlussfolgerung aus diesen Zahlen ist:

Durch die Vereinigung der früheren DDR mit der Bundesrepublik hat das Bruttoinlandsprodukt etwa um die Hälfte des optimalen Wertes zugenommen. Das Wirtschaftswachstum ist jedoch gleich geblieben. Das heißt, der Beitritt der neuen Bundesländer hat zwar das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt vergrößert, aber er trägt nichts zum gesamtdeutschen Wirtschaftswachstum bei.

Dieses Nullwachstum der ostdeutschen Wirtschaft entspricht keinesfalls der harmlosen Vorstellung, es handle sich um einen zeitweisen Mittelwert zwischen positiver und negativer Veränderung. Es ist vielmehr so zu deuten wie die Messinstrumente in der Intensivstation einer Klinik: Wenn die günstigen Messwerte steigen, ist die Behandlung erfolgreich. Wenn sie fallen, muss eingegriffen werden, damit sie wieder steigen. Wenn aber keinerlei Bewegung mehr stattfindet, ist der Patient tot.

In ähnlicher Weise ist auch das dynamische System "Volkswirtschaft" zu betrachten. Selbst ein zeitweiliger Leistungsabfall wäre nicht so alarmierend wie der Eintritt einer dauerhaften Konstanz des jährlichen Bruttoinlandsproduktes.

Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Volkswirtschaft ist durch die wirtschaftliche Wiedervereinigung verloren gegangen.

Es ist der Fall eingetreten, den der damals amtierende Bundespräsident von Weizsäcker verhindern wollte, nämlich "die DDR zu vereinnahmen". Man hat nach

der Währungsumstellung illiquide ostdeutschen Betriebe - so weit sie noch bestanden - aufgekauft und zu einem Teil der westdeutschen Wirtschaft gemacht. Dabei kommt es nicht auf den topografischen Standort an. Spektakuläre Musterbetriebe wie z.B. die VW-Werke in Zwickau und Chemnitz, sind keine sanierten Ost-Betriebe sondern Ableger der westdeutschen VW-Werke. Ihr Umsatz-Wachstum ist Teil des westdeutschen Wirtschaftswachstums. Wenn also in den Statistiken die "neuen Länder" in geografischer Abgrenzung ein Wirtschaftswachstum aufweisen, so ist dies kein eigenständiges ostdeutsches. Entscheidend ist, dass das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum durch die Wiedervereinigung nicht zugenommen hat. Die Annahme, es könnte der Westen zufällig oder durch irgendeinen speziellen Vorgang gerade so viel an Wachstum verloren haben wie der Osten gewonnen hat, wäre unwahrscheinlich und würde auch am Endergebnis nichts ändern.

Es ist bemerkenswert, dass das Wirtschaftswachstum, welches bei jeder Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Lage eine von der Öffentlichkeit und den Experten intensiv diskutierte Kenngröße ist, in den Diskussionen um die Wiedervereinigung nicht einmal erwähnt wird. Der Grund dürfte sein, dass bei der von den Politikern bevorzugten Angabe aller Veränderungen in Prozent, der etwaige, durch Wachstum oder Nicht-Wachstum der ehemaligen DDR-Wirtschaft bedingte Zahlenunterschied sich kaum von den jährlichen Zufallsschwankungen abhebt. Beispielsweise hätte im Jahr 1994 bei einem BIP von ca. 1600 Mrd €/a das theoretische Wachstum Gesamtdeutschlands von 31,9 Mrd €/a² ein relatives Wirtschaftswachstum von 2,0 % ergeben. Bei dem tatsächlichen, alleinigen Wachstum Westdeutschlands von 25,0 Mrd waren es 1,6 %. Nur bei einer Betrachtung der kompletten Zeitreihen, wie z.B. anhand der Abb.1, wird das dauerhafte Defizit des Wirtschaftswachstums nach der Wiedervereinigung zweifelsfrei ersichtlich.

Das uns entgehende, aus der tatsächlichen BIP-Zuwachs abgeleitete Wirtschaftswachstum der neuen Länder von 3,9 Mrd €/a² (Vgl. obige Zusammenstellung) hätte in den 20 Jahren seit der Wiedervereinigung das heutige BIP von ca 2400 Mrd €/a zwar nur um etwa 3 % erhöht, doch summiert sich der Verlust an barem Geld auf einen wesentlich eindrucksvolleren Wert. Nach dem Muster der bekannten physikalischen Formel $s = b/2 * t^2$ (Weg = 1/2 mal Beschleunigung mal Quadrat der Zeit) wäre der verloren gegangene Betrag

$$1/2 * 3,9 \text{ Mrd €/a}^2 * (20 \text{ a})^2 = \underline{780 \text{ Mrd €}}$$

Da die Rechnung mit deflationierten Zahlen vorgenommen wurde, wäre der reale Wert noch höher.

Das Wirtschaftswachstum vergleichbarer Staaten

In der Nachkriegsgeschichte Europas hat nur Deutschland eine nationale Wiedervereinigung gehabt. Wenn dabei zwar die Bevölkerungszahl, nicht aber das Wirtschaftswachstum größer geworden ist, dann müsste Deutschland gegenüber vergleichbaren Staaten ein kleineres Wirtschaftswachstum je Einwohner haben. Mit Hilfe von

Angaben des IWF über die Größe und das Wachstum nationaler Bruttoinlandsprodukte in US-Dollar (Quelle: Wikipedia) kann das geprüft werden.

In der folgenden Tabelle sind *links* (eingerahmt) die *absoluten* Angaben zum BIP des Jahres 2005 und das über die Jahre 2000 bis 2005 gemittelte Wirtschaftswachstum für einige klassische Industriestaaten aufgeführt.

Im *rechten* Rahmen stehen die *relativen*, auf den Betrag je Einwohner umgerechneten Zahlen (Zahlen nach Berechnung gerundet).

	absolut		Einwohner Mio	je Einwohner	
	BIP 2005	Wirtsch.- Wachstum 2000-2005		BIP 2005	Wirtsch.- wachstum 2000-2005
	Mrd \$/a	Mrd\$/a ²		\$/ EW*a	\$/ EW*â ²
1. JAPAN	3872	133	127,0	30500	1050
2. DEUTSCHLAND	2513	70	82,5	30500	850 (!)
3. FRANKREICH	1868	67	61,0	30600	1100
4. ENGLAND	1930	84	61,0	31600	1370
5. ITALIEN	1633	48	60,3	27100	800 (!)
6. SPANIEN	1183	57	40,4	29300	1420
7. NIEDERLANDE	571	20	16,5	34600	1200
8. ÖSTERREICH	279	10	8,4	33200	1190
9. SCHWEIZ	266	9	7,5	35500	1170

Sowohl das *Bruttoinlandsprodukt* als auch die *Einwohnerzahl* von Japan (Nr.1) sind etwa 15-mal so groß wie die entsprechenden Zahlen der Schweiz (Nr.9). Die übrigen hier aufgeführten Staaten bilden eine Skala innerhalb dieser Grenzen, wobei fast immer einer größeren Einwohnerzahl auch das größere BIP entspricht. Die Zahlen für das *BIP je Einwohner* (rechts) sind dementsprechend bei allen aufgeführten Staaten von ähnlicher Größe.

Was nun das *Wirtschaftswachstum je Einwohner* betrifft (rechter Rahmen, rechte Spalte), so gibt es zwei Staaten mit deutlich niedrigeren Zahlen als die übrigen: Deutschland und Italien. Italien hat auch das niedrigste BIP je Einwohner. Hier muss man wohl auf eine (zeitweise) schwache Volkswirtschaft schließen. Anders bei Deutschland. Sein jährliches *BIP je Einwohner* ist mit 30500 USD pro Einwohner und Jahr so groß wie das von Japan oder Frankreich, im *Wirtschaftswachstum je Einwohner* liegt es jedoch mit 850 \$/EW*a² gegenüber 1050 bzw. 1100 deutlich niedriger. Würde man aber das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum allein auf die Einwohner Westdeutschlands umlegen, dann entstünde mit 1070 eine Zahl, die

im Bereich derjenigen von Japan und Frankreich liegt. So hoch wäre auch das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum pro Einwohner, wenn nach geglückter wirtschaftlicher Wiedervereinigung die Ostdeutsche Volkswirtschaft dasselbe Wachstum pro Kopf und Jahr erreicht hätte wie die westdeutsche.

Die Gründe für das Scheitern der wirtschaftlichen Wiedervereinigung

Die Ursache für den Verlust des Wachstumspotenzials der Volkswirtschaft der neuen Länder im Verlauf der wirtschaftlichen Wiedervereinigung war bedauerlicherweise eine Maßnahme, die eigentlich als Förderung gedacht war und viel Geld gekostet hat: Die Währungsumstellung in der DDR von der "Ostmark" auf die D-Mark am 1.7.1990, drei Monate vor der politischen Wiedervereinigung am 3.10.1990. Indem Helmut Kohl in den neuen Ländern mit den DDR-*Gesetzen* auch die DDR-*Währung* abschaffte, hat er das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Denn die Währung der DDR war kein ideologisches Prinzip ohne realen Inhalt, wie z.B. das angebliche "Volkseigentum an den Produktionsmitteln", sondern ein realer Bestandteil der ostdeutschen Volkswirtschaft. Diese wiederum war trotz ihrer Mängel dasselbe wie die freie Marktwirtschaft der Bundesrepublik, nämlich die materielle Lebensgrundlage der Bürger.

Gerade wegen ihres schlechten Zustands hätte diese Volkswirtschaft sorgfältiger Förderung bedurft, denn nur eine lebensfähige Volkswirtschaft kann wachsen. Wie ein abgestorbener Baum behält eine nicht mehr selbstständig funktionierende Volkswirtschaft zwar ihre einmal erreichte Größe, aber sie wächst nicht mehr.

Die sofortige Umstellung der gesamten Ost-Wirtschaft auf die Westmark, ohne Anpassung der Produktivität, erhöhte im Osten die Lebenshaltungskosten, und machte viele Erzeugnisse unverkäuflich, zum Teil weil sie nicht mit westlicher Ware konkurrieren konnte, zum Teil weil die bisherige Kundschaft aus dem Ostblock nicht genug harte Währung zur Verfügung hatte um sie weiterhin kaufen zu können. Auf diese Weise gingen viele ehemalige DDR-Unternehmen unter, bevor sie ihre Arbeitsproduktivität den neuen Erfordernissen anpassen konnten. Das wurde vielfach festgestellt und auch vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seinem Buch "Der Weg zur Einheit" beschrieben.

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wurden von der Treuhandanstalt ca. 70 000 Privatisierungsprojekte abgewickelt, in deren Verlauf (umgerechnet) fast 100 Mrd Euro zur Sicherung von Arbeitsplätzen investiert wurden. 25% der Staatsbetriebe befanden sich in Liquidation. (Theo Weigel, Vortrag Hanns-Seidel-Stiftung 2007). Viele ostdeutschen Bürger, die deswegen ihren Arbeitsplatz verloren, gingen nach Westdeutschland oder sogar in westeuropäische Nachbarländer.

Die Volkswirtschaft der ehemaligen DDR wurde in relativ kurzer Zeit total verändert, und das nicht durch innere Kräfte, sondern durch äußere Einwirkung in Form der politischen Entscheidung zur sofortigen Währungsumstellung. Diese Maßnahme hat das Wachstumspotenzial der ostdeutschen Länder zerstört.

Insofern brachte das "Experiment deutsche Wiedervereinigung" den Fall, dass eine Volkswirtschaft nach Verlust ihrer Lebens- und Wachstumsfähigkeit nicht untergeht, sondern dass ihre Reste zum dauerhaft gleichbleibenden Bestandteil einer anderen, normal wachsenden Volkswirtschaft geworden sind.

Offenbar hatte von Weizsäcker bereits im März 1990 eine derartige Entwicklung befürchtet, als der die Politiker davor warnte, *"die DDR zu vereinnahmen oder die Deutsche Mark zum Maßstab aller Dinge zu machen"*. Da aber alle Gedanken ausschließlich auf den politischen Ablauf der Wiedervereinigung ausgerichtet waren, wurde der wirtschaftlich gemeinte Hinweis des Bundespräsidenten als politisches Gegensteuern missverstanden und lediglich mit "Verwunderung und Verwirrung" zur Kenntnis genommen (FAZ, 15.4.2010).

Die sofortige Einführung der D-Mark in der DDR war jedoch von beiden Seiten politisch gewollt und daher nicht aufzuhalten. In Leipzig riefen die Demonstranten: *"Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr!"* Bundeskanzler Kohl sagte in seiner Regierungserklärung vom 15.2.1990, die Bundesrepublik müsse ihren *"stärksten wirtschaftlichen Aktivposten einbringen, die Deutsche Mark, und so die Landsleute in der DDR ganz unmittelbar und direkt an dem beteiligen, was die Bürger der Bundesrepublik in jahrzehntelanger, beharrlicher Arbeit erreicht und aufgebaut haben"*.

Offensichtlich bestanden auf beiden Seiten falsche Vorstellungen von den Folgen der angekündigten Aktionen. Die Demonstranten glaubten, durch die Einführung der West-Währung würde ihnen automatisch auch der westliche Wohlstand zuteil. Dass nicht die Währung sondern die Arbeitsproduktivität den Lebensstandard bestimmt, war ihnen noch nicht klar.

Erstaunlicherweise war Helmut Kohl, wenn man seine Erklärungen genau wertet, in demselben Irrtum befangen. Bekanntlich wurde die D-Mark in den westlichen Besatzungszonen an einem einzigen Tag eingeführt (am 21.6.1948). Andererseits hat es vierzig Jahre gedauert, bis das Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik vom Nachkriegs-Stand auf die bei der Wiedervereinigung erreichte Höhe angehoben war. Wenn nun Helmut Kohl öffentlich verkündete, die Bundesrepublik werde durch die Einbringung der Deutschen Mark die Landsleute in der DDR *unmittelbar und direkt* an etwas beteiligen, dessen Aufbau die Bundesbürger *Jahrzehnte* gekostet hat, dann kann dem nur der Gedanke zurunde gelegen haben, dass mit der Einführung der Westmark in der DDR auch der Lebensstandard sofort auf eine Höhe gehoben würde, deren Erreichen in der Bundesrepublik *Jahrzehnte* gedauert hat.

Zum wirtschaftlichen Teil der Wiedervereinigung äußerte sich Helmut Kohl überhaupt sehr knapp. Von seinem im November 1989 verkündeten Zehn-Punkte-Programm befasst sich nur Punkt 2 mit der Wirtschaft. Er stellt wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit mit der DDR prinzipiell in Aussicht, sofern diese ihre Infrastruktur, z.B. Telefon- und Eisenbahnnetz, von Grund auf verbessern würde. Zur Einführung der D-Mark als einziges Zahlungsmittel in der DDR sagte er rückblickend: *"Als unabdingbare Voraussetzung dafür mahnte ich die zügige Umsetzung von einschneidenden Wirtschaftsreformen in Richtung Soziale Marktwirtschaft an."* (K.Diekmann, R.G.Reuth, Helmut Kohl – Ich wollte Deutschlands Einheit).

Als damals am 1.7.1990 , noch vor der politischen Wiedervereinigung vom 3.10.1990 , die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR in Kraft trat, konnte von einer zügigen Umsetzung oder gar Vollendung solcher Reformen keine Rede sein. Vielmehr wurden tausende DDR-Betriebe von der Treuhandgesellschaft übernommen. Deren Aufgabe war nicht die Sanierung sondern die Privatisierung, also der Verkauf. Die möglicherweise vorhandene Vorstellung, dass die Mehrheit der Käufer die Ost-Betriebe modernisieren und dem Niveau der Bundesrepublik anpassen würden, war falsch. Kohls Aussage von der unabdingbaren sozialen Marktwirtschaft kann nur bedeuten, dass er sich auf den politischen Teil der Wiedervereinigung konzentriert und für den Ablauf des wirtschaftlichen Teils wenig Aufmerksamkeit übrig hatte. Ihn deswegen zu kritisieren, wäre ungerecht. Denn seine Rolle in diesem Geschehen war eindeutig die politische und diese erforderte ständigen, höchsten Einsatz. Zum einen, weil es Widerstände gegen die Schaffung eines vereinigten Deutschlands nicht nur in Russland gab, sondern auch in den befreundeten westeuropäischen Ländern, und zum anderen, weil man nicht sicher sein konnte, dass die historische Chance beliebig lange bestehen bleiben würde.

Wenn es damals eine Möglichkeit gab, die politische Entscheidung so zu treffen, dass sie das wirtschaftliche Wachstum der neuen Länder nicht verhindert hätte, dann wäre es Aufgabe der damals amtierenden Wirtschaftsminister Bangemann, Haussmann und Möllemann von der FDP und der "Wirtschaftsweisen" gewesen, sie zur Sprache zu bringen. Wenn dies damals geschehen sein sollte, dann ohne nachhaltigen Erfolg.

Das Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrats

Zweifellos gilt auch in diesem Fall die Volksweisheit "hinterher ist man immer klüger". Trotzdem wäre es eigentlich die Aufgabe der professionellen Wirtschaftsberater gewesen, die Pläne der Regierung für die Deutsche Wiedervereinigung zu prüfen und auf absehbare Folgen hinzuweisen, zumal die aktuelle Warnung des damaligen Bundespräsidenten ein Stichwort dazu gegeben hatte. Was die "Wirtschaftsweisen" damals zur Wiedervereinigung sagten, wird hier nach der Drucksache 11/8742 des Deutschen Bundestags ("*Eine kürzere Fassung*") auszugsweise zitiert und aus heutiger Sicht rückschauend kommentiert:

Die übergangslose Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen . . . hat die Wettbewerbsschwäche des alten Systems offengelegt. . . . Viele Betriebe werden ganz aus dem Markt scheiden, weil ihre Produkte im Wettbewerb mit den besseren und preiswerteren westlicher Anbieter nicht bestehen können. (Wenn innerhalb einer freien Marktwirtschaft das ein oder andere Unternehmen insolvent wird und in Konkurs geht, ist dies ein normaler Selektionsprozess, der für die Zunahme der Arbeitsproduktivität und die globale Wettbewerbsfähigkeit sorgt. Wenn dagegen planwirtschaftlich organisierte Betriebe geringer Produktivität durch eine politische Entscheidung unvermittelt und massenhaft in die freie Marktwirtschaft versetzt werden, ist ihr Untergang unvermeidlich und als Fehler der Wirtschaftspolitik, nicht der Wirt-

schaft zu werten. Es wäre Aufgabe der Wirtschaftsexperten gewesen, die Bundesregierung frühzeitig vor dieser Entwicklung zu warnen.)

. . . Die wirtschaftliche Vereinigung hat die Handlungsmöglichkeiten und die Wachstumspotenziale westlicher Unternehmen schlagartig erweitert . . .

(Es mag sein, dass manche westliche Unternehmen als Folge der Konkurse im Osten ihre Produktion einmalig steigern konnten. Ein höheres gesamtdeutsches Wirtschaftswachstum entstand dadurch nicht, weil dabei das vorhandene Wachstumspotenzial im Osten zerstört wurde.)

. . . Die Erkenntnis, dass sich der Abbau unrentabler Produktionen im Wettbewerb sehr schnell vollzieht, der Aufbau einer Marktwirtschaft mit rentablen Arbeitsplätzen aber Zeit braucht, hat bei den Menschen in Ostdeutschland vielfach noch nicht die erhoffte Aufbruchsstimmung, sondern Besorgnis um die eigene wirtschaftliche Zukunft geweckt. . . (Die erwähnte Erkenntnis hätten eigentlich die Wirtschaftsberater der Regierung Kohl selbst haben sollen, als sie den Plan zur sofortigen Währungsumstellung prüften. Sie hätten eine Methode erfinden sollen, den Abbau unrentabler Produktionen und den Aufbau rentabler Arbeitsplätze in zeitliche Übereinstimmung zu bringen.)

. . . Zur Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik (im Westen) trug auch bei, dass seit Öffnung der Grenzen schätzungsweise eine halbe Million Menschen aus Ostdeutschland zugewandert sind. . . (Mit dem Verschwinden der Arbeitsplätze im Osten verschwanden auch die Menschen. Die Verlagerung der wirtschaftlichen Dynamik vom Osten in den Westen war schädlich und ein Zeichen für das Misslingen der wirtschaftlichen Wiedervereinigung.)

Prognose: . . .Für die westdeutsche Wirtschaft: . . . Es geht weiter bergauf. . . Für die ostdeutsche Wirtschaft ist die Talfahrt noch nicht beendet. . . . (Die Wirklichkeit: Die westdeutsche Wirtschaft wächst so wie von jeher, die bei der Wiedervereinigung neu hinzu gekommene ostdeutsche wächst überhaupt nicht mehr.)

Die Chancen, dass die deutsche Volkswirtschaft . . in den neunziger Jahren einen vergleichsweise steilen Wachstumspfad einhalten kann, sind . . günstig. Voraussetzung . . ist eine . . wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik, ergänzt durch eine subsidiäre Förderung des Neuaufbaus im Ostteil Deutschlands. . . Die in der Aufholphase voraussichtlich hohe Produktivität des wachsenden Kapitalstocks (in Ostdeutschland) wird ein Wachstumstempo ermöglichen, das deutlich über dem in den alten Bundesländern liegt. (Die Erwartung der Sachverständigen, dass der Kapitalzustrom aus dem Westen in die ostdeutschen Betriebe zu einem zeitweise stürmischen Wachstum führen müsse, war eine Täuschung. Die wachstumstragenden Unternehmen im Osten waren durch die Währungsumstellung in Konkurs gegangen. Das Geld aus dem Westen wurde weniger zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt als zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit.)

Möglichkeiten für eine erfolgreiche wirtschaftliche Wiedervereinigung

Es war von jeher klar, dass zur Deutschen Wiedervereinigung die Einführung der D-Mark als gesamtdeutsche Währung gehört. Der Grund für das Scheitern der wirtschaftlichen Vereinigung war die sofortige Währungsumstellung im Verhältnis 1 : 1 , obwohl die Arbeitsproduktivität in der ehemaligen DDR nur auf 30 bis 50 Prozent derjenigen in der Bundesrepublik veranschlagt wurde. Diese Disparität hätte vermieden werden müssen. Dafür sind (mindestens) drei Möglichkeiten denkbar:

1. Die vorläufige Beibehaltung der Ostmark

Helmut Kohls heutige Erinnerung, er habe seinerzeit bei der DDR-Führung *"als unabdingbare Voraussetzung (für die Einführung der D-Mark als einziges Zahlungsmittel in der DDR) die zügige Umsetzung von einschneidenden Wirtschaftsreformen in Richtung Soziale Marktwirtschaft angemahnt"* besagt ungefähr das, was in der gegenwärtigen Euro-Diskussion immer wieder betont wird: Wenn eine Wirtschaftsgemeinschaft stabil bleiben soll, müssen *alle* Mitglieder leistungsfähige Wirtschaften haben. Es war jedoch die Regierung Kohl selbst, welche die Währungs-gemeinschaft mit der zu Ende gehenden DDR aus politischen Gründen bereits einführte, als von einer wirtschaftlichen Parität noch keine Rede sein konnte.

Hätte Kohl seinen Grundsatz befolgt, dann hätten die ostdeutschen Bundesländer nach der politischen Vereinigung ihre Ost-Währung noch so lange beibehalten müssen, bis - mit angemessener westdeutscher Unterstützung - die Produktivität in ihrem Bereich das westdeutsche Niveau und die Ostmark die Parität zur Westmark erreicht hätte.

Die Handhabung zweier Währungen in einem Land wäre zweifellos umständlich aber nicht unmöglich gewesen. Doch hätte man die Landsleute im Osten nach dem Ende von 40 Jahren kommunistischer Herrschaft nicht wie ausländische Bittsteller behandeln dürfen. Daher kam dieses volkswirtschaftlich korrekte Verfahren, bei welchem die Wachstumsfähigkeit der östlichen Volkswirtschaft vermutlich erhalten geblieben wäre, aus politischen Gründen für die deutsche Wiedervereinigung nicht infrage.

2. Die sofortige Währungsumstellung mit Übernahme aller Kosten.

Das Gegenstück zu dem rein sachlich organisierten Verfahren mit Minimal-Kosten wäre die sofortige Währungsumstellung mit Übernahme aller Kosten durch die westlichen Bundesländer gewesen. Die folgende überschlägige Rechnung soll den Ablauf und die vermutlichen Kosten darstellen:

Die Produktivität in der DDR, also die durchschnittliche Wertschöpfung je Arbeitsstunde, war kurz vor der Wiedervereinigung höchstens halb so groß wie die der Bundesrepublik. Damit die ostdeutschen Erwerbstätigen ihre Einkünfte sofort nach der Währungsumstellung zu 100% in Westmark erhalten konnten, obwohl ihre Leistung nur die Hälfte des Westmark-Betrages wert war, hätte der Westen die andere Hälfte übernehmen müssen. Mit zunehmender Produktivität wäre die vom Westen

zu übernehmende Differenz allmählich kleiner geworden und schließlich verschwunden.

Bei optimalem Verlauf der wirtschaftlichen Wiedervereinigung hätte das auf die neuen Länder entfallende Bruttoinlandsprodukt $1695 - 1330 = \underline{365 \text{ Mrd €/a}}$ betragen (vgl. Abb.1). Etwa drei Viertel eines BIP sind das Volkseinkommen. Somit wäre die Summe der Entgelte für die Erwerbstätigen der ostdeutschen Länder etwa gleich 273 Mrd €/a und davon die Hälfte, also ca. 137 Mrd €/a vom Westen zu übernehmen gewesen.

Eine nicht weltmarktfähige Ware, die zu DDR-Zeiten nur in Osteuropa gegen beispielsweise 100 Ostmark absetzbar gewesen war, hätte nach der Eins-zu-eins-Umstellung von Ost- auf Westmark für 100 Westmark keinen Käufer mehr gefunden. Durch die westdeutsche Subvention hätte sich der Preis auf 50 Westmark erniedrigt und die bisherigen Kunden aus dem Osten hätten die Ware bis auf weiteres für 50 Westmark anstatt 100 Ostmark kaufen können. Der plötzliche Wegfall einer Handelsbeziehung wäre vermieden worden.

Nehmen wir an, dass der Sanierungsprozess 10 Jahre gedauert hätte. Dann wäre theoretisch in dieser Zeit der Geldfluss von West nach Ost durch den Erfolg der Maßnahme gleichmäßig von 137 Mrd €/a auf null zurückgegangen (jährlich um $13,7 \text{ Mrd €/a}$ abnehmend). Insgesamt wären in diesen 10 Jahren

$$1/2 * 13,7 * 10^2 = 685 \text{ Mrd €}$$

für die Lohn-Subvention verbraucht worden.

In gleicher Weise wäre auch ein Geld-Fluss für die Sanierung und Modernisierung der Produktionsanlagen über die jährlichen Abschreibungen erforderlich gewesen. Diese sind üblicherweise mit ungefähr 15 % eines BIP zu veranschlagen. Da es aber nicht um den bloßen Ersatz, sondern um die Erweiterung und Modernisierung der Produktionsmittel ging, sollte man 30 % ansetzen. Dann hätte der jährliche Aufwand 30 % von $365 = \text{ca. } 110 \text{ Mrd €/a}$ betragen. Er hätte anfangs zur Hälfte subventioniert werden müssen, also mit 55 Mrd €/a (jährlich um $5,5 \text{ Mrd €/a}$ abnehmend). In den 10 Jahren wären

$$1/2 * 5,5 * 10^2 = \text{ca. } 275 \text{ Mrd €}$$

erforderlich gewesen.

Insgesamt hätte somit die Subventionierung mit einem Kapitalfluss von $137 + 55 = \text{ca. } 192 \text{ Mrd €/a}$ begonnen und bis zum Ende nach 10 Jahren die Gesamtsumme von $685 + 275 = 960 \text{ Mrd €}$ erreicht.

Hier sind die Zahlen noch einmal zusammengestellt:

Optimales Bruttoinlandsprodukt neue Bundesländer	365 Mrd €/a
Davon Einkommen der Erwerbstätigen 75 %	273 "
Davon Subvention im ersten Jahr 50 %	137 "
10 Jahre lang abnehmend um	13,7 "
Aufwand für Einkommens-Subvention, Summe 10 Jahre	685 Mrd €
Abschreibung + Erneuerung = 30 % vom BIP	110 Mrd €/a
Davon Subvention im ersten Jahr 50 %	55 "
10 Jahre lang abnehmend um	5,5 "

Aufwand für Subvention der Abschreibungen, Summe 10 Jahre 275 Mrd €

Die Leitstelle für diese Aktion hätte natürlich die Treuhandanstalt für das frühere Staatsvermögen der DDR sein müssen. Sie hätte aber die ehemaligen VEB's nicht zum Kauf anbieten und mit den Interessenten zu diesem Zweck verhandeln dürfen. Sie hätte vielmehr 10 Jahre lang nach einem detaillierten Plan für jeden Betrieb und jede Kalenderwoche die gesamte ostdeutsche Wirtschaft mit (zunächst zur Hälfte westdeutschen) Steuergeldern modernisiert und den Fortgang der Aktion kontrollieren müssen. Deswegen sollte man auf die Gesamtsumme noch 10 % Planungskosten aufschlagen.

Weiterhin sollte mit Unvorhergesehenem (UVG) gerechnet werden. Beispielsweise könnte die Produktivität in der DDR noch geringer gewesen sein als 50 %. Es könnten Absatzschwierigkeiten oder Verzögerungen bei den Investitionen aufgetreten sein. Andererseits könnte auch die Motivation der Beschäftigten in der ostdeutschen Wirtschaft die Produktivitätssteigerung beschleunigt haben.

Gesamtaufwand für beide Subventionen	685 + 275 =	960 Mrd €
+ 10 % Planungskosten + 20 % UVG	=	288 "
<hr/>		

Gesamtkosten

ca. 1250 Mrd €
= ca. 1,3 Billionen €

Wäre dieses theoretische "Luxusmodell" der Wiedervereinigung, die sofortige Anhebung der ehemaligen DDR auf West-Standard ohne Eigenleistung, tatsächlich vorgeschlagen worden, hätten es die Politiker zweifellos wegen untragbar hoher Kosten abgelehnt. Andererseits sagte Thilo Sarrazin (1990/91 Mitarbeiter der Treuhandanstalt, 1997–2000 Vorsitzender der Geschäftsführung der Treuhandliegenschaftsgesellschaft TLG und in Finanzangelegenheiten zweifellos vertrauenswürdig), die gesamten Zahlungen von West nach Ost in den Jahren 1990 bis 2010 belaufe sich auf ca. **1,3 Billionen Euro** (FAZ 1.7.10) und Helmut Schmidt bezifferte den Geldtransfer von West nach Ost mit 80 Mrd €/a, entsprechend 1,6 Billionen in 20 Jahren. Es bestätigt sich die nicht seltene Erfahrung, dass die von Anfang an großzügigste Problemlösung möglicherweise auch nicht teurer gewesen wäre als eine Kette von sparsamen Einzelmaßnahmen.

Hätten die ostdeutschen Unternehmen die marktwirtschaftliche Umgestaltung und die Anhebung der Produktivität ihrer Betriebe mit finanziellem Anschub aus dem Westen unter Leitung der Treuhandanstalt in eigener Regie durchgeführt, dann wären zwar nicht wenige Betriebe untergegangen, aber die überlebende Mehrheit hätte nicht nur ihre Organisation, sondern auch ihr Wachstumspotential den westlichen Verhältnissen angepasst. Das ostdeutsche Wirtschaftswachstum wäre erhalten geblieben.

Nur: Ein Programm dieser Art gab es nicht! Weder der Bundeskanzler noch seine Wirtschaftsberater dachten an ein derartiges Vorgehen. Das folgt schon allein aus der Tatsache, dass man "*als beste Form der Sanierung die Privatisierung*" (also

den Verkauf) betrachtete. So sagte es jedenfalls im April 1991 die Präsidentin der Treuhandanstalt Birgit Breuel.

3. Die einfachste und folgerichtige Lösung

Heute besteht Einigkeit darüber, dass die sofortige Einführung der marktwirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR richtig, die sofortige Einführung der westlichen Währung dagegen ein "*Schwerstfehler*" war. (Helmut Schmidt). Die einstweilige Beibehaltung der Ostmark nach Methode 1 wäre wirtschaftlich möglich, jedoch menschlich und politisch inakzeptabel gewesen. Vor Methode 2 wären alle Entscheidungsträger der vermuteten Kosten wegen zurückgeschreckt.

Die Antwort auf die Frage, welche wirtschaftlichen Maßnahmen Kohl dann hätte treffen müssen, um die wirtschaftliche Wiedervereinigung erfolgreich durchzuführen, lautet sehr einfach: Keine, er hätte sich auf die politische Wiedervereinigung beschränken sollen. Er hätte es machen sollen wie einst Ludwig Erhard in der jungen Bundesrepublik. Erhard sorgte für die politischen Grundlagen der freien Marktwirtschaft, aber er vermied jeden politischen Eingriff in deren Ablauf.

Mit dem politischen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik gelangten alle DDR-spezifischen, dem politischen Einfluss auf die Wirtschaft dienenden Rechtsbegriffe wie Volkseigentum, Wirtschaftsplan, Kollektivvertrag u. dergl. an den Ort, den Karl Marx anschaulich als "*den Kehrichthaufen der Weltgeschichte*" bezeichnet hat.

Darunter war automatisch und wenig spektakulär auch das Verbot des Besitzes fremder Währungen. Nach dessen Wegfall hatte jeder Bürger und jeder Betrieb der ehemaligen DDR die Freiheit, nicht nur Ostmark, sondern auch jede andere Währung, insbesondere D-Mark, zu erwerben, zu besitzen, oder auszugeben.

In seiner Regierungserklärung vom 15.2.1990 versprach Helmut Kohl den (Noch-) DDR-Bürgern die D-Mark gewissermaßen als Begrüßungsgeld und versäumte nicht den Hinweis auf die *jahrzehntelange beharrliche Arbeit* der Bundesbürger, die dies ermöglicht hätte. Er hätte die Landsleute im Osten besser mit einer künftig auch für sie geltenden Grundregel vertraut gemacht, nach der in der freien Marktwirtschaft das Einkommen eines Erwerbstätigen oder eines Unternehmens nicht vom Staat zugeteilt wird, sondern durch eigene Arbeit oder den Verkauf von selbst hergestellten Produkten verdient werden muss und kann.

Demnach hätten die ostdeutschen Betriebe ihre Hauptgeschäfte zunächst wie früher in Ostmark abgewickelt und nur für einen kleinen, weltmarktfähigen Teil ihrer Produkte Westmark Erlösen können. Anders als zu DDR-Zeiten hätten sie aber die Westmark-Erlöse behalten, ihren Produktionsplan selbst festlegen und den Anteil weltmarktfähiger Produkte nach eigenen Vorstellungen steigern können. Die Arbeitnehmersvertreter hätten die Freiheit gehabt zu fordern, dass ein entsprechender Anteil der Löhne und Gehälter in Westmark auszuzahlen sei. Die Mitarbeiter wären hoch motiviert gewesen, an der Produktivitätssteigerung mitzuwirken. Der Anteil von Westmark-Erlösen am Gesamtergebnis aller ostdeutschen Betriebe wäre von Monat

zu Monat gestiegen. Im Lauf der Zeit hätte sich dieser Anteil durch Produktivitätserhöhung so vergrößert, dass schließlich die Ostmark überflüssig geworden wäre.

Betriebe, die bei dieser Entwicklung nicht mithalten konnten, hätten nach und nach aufgegeben, aber die massenhaften Konkurse noch leistungsfähiger Betriebe, die Folge des Währungswechsels waren, hätten vermieden werden können. Den Ankauf ostdeutscher Betriebe durch übermächtige westliche Unternehmen mit dem Ziel, keine neue Konkurrenz aufkommen zu lassen, hätte die Treuhandanstalt verhindern müssen.

Der "Aufbau Ost" hätte zu eigenständigen ostdeutschen Betrieben führen müssen und nicht zu Ablegern der West-Betriebe. Nur dann hätte sich ein eigenes, ostdeutsches Wachstumspotential erhalten und weiter entwickeln können.

Nach dem Prinzip von Jean Baptiste Say (1767 – 1832), demzufolge Produktionskosten stets auch Lohnkosten sind und so Käufer für die erzeugten Produkte schaffen, wäre in der Übergangszeit von der Ost- zur Westmark ein gewisses Gleichgewicht zwischen Ostmark-Produkten und ihren Käufern aufrecht erhalten worden. Weder hätte ein Ostmark-Ware produzierender Betrieb wegen plötzlichen Kundenmangels geschlossen werden müssen, noch hätte ein Ostmark-Verdiener für sein Geld plötzlich keine Ware mehr bekommen.

Es wird entgegenhalten werden, dass die Handhabung zweier Währungen in einem Wirtschaftsgebiet nicht machbar wäre. Wer dies glaubt, unterschätzt die Flexibilität des freien Unternehmertums. Als vor 1961 die Berliner Mauer noch nicht existierte, war ganz Berlin ein kleines Doppelwährungsgebiet. Der damalige Anspruch der DDR, ganz Berlin sei ihre Hauptstadt, hielt Ulbricht lange davon ab, an den Berliner Sektorengrenzen Sperren oder Kontrollen auf Westgeld und Westware einzurichten. Überall in den Westsektoren gab es "Wechselstuben", in denen die beiden Währungen, meist zu einem Kurs von ca. 4 Ostmark = 1 Westmark, getauscht wurden. Die Einwohner der DDR und Ostberlins konnten in den Westsektoren Westmark eintauschen und ausgeben. Angeblich soll sich auch die DDR-Regierung mittels Agenten in den Wechselstuben Westmark besorgt haben. Abgesehen von Luxuswaren wurde von DDR-Bürgern oft Installationsmaterial für Wohnungen gekauft. Die Westdeutschen kauften im Osten gerne Bücher, Nahrungsmittel, Holzwaren und dergleichen. Die Käufer freuten sich über zwei Währungen im Portemonnaie, mit denen sie günstiger einkaufen konnten. Mühe, in dieser Marktwirtschaft mitzuhalten, hatte lediglich die östliche Planwirtschaft: Im DDR-Teil von Berlin, dem sowjetischen Sektor, wurden manchmal die Nahrungsmittel knapp, so dass Lebensmittel in den Geschäften nur bei Vorzeigen des DDR-Ausweises abgegeben wurden.

Schlussbetrachtung

Man könnte Zweifel haben, ob aus den hier benutzten Angaben der Statistiker eine so weitreichende Behauptung über ein historisches Ereignis überhaupt abgeleitet werden darf. Aber alles was wir über die viel gebrauchten und intensiv diskutierten Begriffe "Bruttoinlandsprodukt" und "Wirtschaftswachstum" wissen, wissen wir aus den Angaben der Statistiker. Wenn dann aus der grafischen Darstellung dieser Angaben bestimmte Sachverhalte logisch hervorgehen, dann sind diese ebenso richtig wie die zugrunde liegenden Zahlen.

Die immer wieder erhobene und nie verwirklichte Forderung nach einer dauerhaften - "nachhaltigen" - Steigerung unseres Wirtschaftswachstums ist offensichtlich nicht erfüllbar. Das jahrzehntelang angewandte Rezept von Keynes (bei einer Rezession durch kreditfinanzierte Investitionen des Staates das Wirtschaftswachstum so zu steigern, dass durch zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit, und durch höhere Steuereinnahmen die Staatsverschuldung gesenkt werden können) hat in Deutschland bei der ersten Rezession von 1967 ein einziges Mal funktioniert und dann nie wieder.

Daher wäre die Wiedergewinnung des verschwundenen Wachstumspotentials der ehemaligen DDR-Volkswirtschaft zweifellos wünschenswert. Aber dieses ist bei dem Anschluss an die Bundesrepublik zusammen mit den durch Konkurs untergegangenen ostdeutschen Betrieben und den abgewanderten Arbeitskräften verschwunden. Eine Möglichkeit zur Wiederherstellung ist derzeit nicht absehbar.